Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 367. **Sonntag** den 21. Juli 1901. 95. Jahrgang.

Aus der Woche.

Kauffmann und kein Ende! Das Interesse an den muthmaßlichen Beweggründen für die Nichtbestätigung des zum Bürgermeister von Berlin gewählten Stadtraths hat sogar der erschlaffenden außerordentlichen Hitze gespottet, und zwar auch außerhalb Berlins und Preußens. Es ist vor Allem ein allgemeiner, ein historischer Gesichtspunct, der der neuesten Differenz die Aufmerksamkeit erhält. Preußen und nachmals das Reich haben unter Wilhelm I. und Bismarck eine Anzahl ernster Conflicte erlebt, wenn auch außer dem der ersten Hälfte der sechziger Jahre keinen solchen, der als Verfassungsstreit zu bezeichnen war und dem Meinungs- und Willensverschiedenheiten zwischen der Krone und dem überwiegenden Theile der Bevölkerung zu Grunde lagen. Aber jeder dieser Conflicte bedeutete eine Etappe der Entwickelung, und, man darf dies ungescheut aussprechen, der Entwickelung nach vorwärts. Daß gilt auch von dem Culturkampf schon deshalb, weil dieser Streit mit dem ihm zu verdankenden Gesetze über die Beurkundung des Personenstandes im ganzen Reiche die Eheschließung von der Kirche unabhängig machte, ein Erfolg, zu dem auf dem Wege der Landesgesetzgebung die evangelische Minderheit, z. B. in Bayern, niemals gelangt wäre; zu wessen dauerndem Gewinn im Uebrigen der „Sieg" der römischen Kirche im Culturkampf und in dem ihm vorausgegangenen inneren kirchlichen Streit um das Unfehlbarkeitsdogma ausgeschlagen ist, darüber sind die Acten noch nicht geschlossen. Unter dem neuen Curs ist mit dem Gedanken des Conflicts häufig gespielt worden, ohne daß es zu einem solchen gekommen wäre. Dafür sind Mißhelligkeiten, die nicht auf politischen Nothwendigkeiten beruhen, sind Zwistigkeiten mit engem Hintergrunde an der Tagesordnung. Diese Differenzen zersplittern das staatliche Leben, sie berauben es der großen Auffassungen und drücken die politische Erörterung zum Raisonniren herab. Dieser Effect von „Fällen", wie der des Herrn Kauffmann, sichert dem Letzteren das Interesse auch von solchen Politikern, die die ohnehin nicht sonderlich gute staatliche Erziehung des deutschen Volkes nicht verkümmert und die deshalb nicht raisonnirt wissen wollen. Wir haben uns bestrebt, die Leser möglichst wenig mit den zahllosen Mittheilungen und Betrachtungen über die Nichtbestätigung, die an und für sich eine herzlich unbedeutende Angelegenheit ist, zu behelligen, und gedenken auch in Zukunft so zu verfahren. Jetzt liegt nun wieder ein Beitrag zu der angeblichen Vorgeschichte der Ablehnung vor, den wir schon erwähnen mußten, weil er, wenn dem Sachverhalt entsprechend, die constitutionelle Seite berühren würde, und zwar dort, wo Preußen und Deutschland durch Personalunion verbunden sind, beim Ministerpräsidenten und Reichskanzler. Die „Freis. Ztg." schreibt, wie ihr versichert werde, habe Graf Bülow nicht weniger als dreimal mit dem Kaiser zu Gunsten der Bestätigung gesprochen. Man sieht: diesmal ist auch Herr Richter vorsichtig, was er in diesem Zwischenfalle nicht immer gewesen. Er deckt sich hinter einem Versichernden und gebraucht die Wendung, Graf Bülow habe mit dem Kaiser über die Sache gesprochen! Damit soll wohl angedeutet werden, daß sie nicht Gegenstand eines „Vortrags" gewesen, sondern vielleicht in einer der nichtpolitischen Unterhaltungen, in die der Kaiser notorisch den Grafen Bülow nicht selten zieht, vom Ministerpräsidenten eingestreut worden sei. Daß nun die Gelegenheit das constitutionelle Gewicht einer Meinungsäußerung und Rathserthellung seitens der leitenden verantwortlichen Minister beeinflussen könne, vermöchten auch wir nicht anzuerkennen, und soweit wir entfernt sind, einem regierungsfreundlichen Blatte zu folgen, das die betheiligten Minister beschwört, sie möchten ums Himmels willen die Version von der Militäraffäre als causa movens aus der Welt schaffen, so glauben wir doch, daß Graf Bülow der Behauptung von der dreimaligen Rathserthellung in dem der erfolgten Entscheidung entgegengesetzten Sinne nicht das hartnäckige Schweigen, das bisher von der Regierung in dieser Angelegenheit beobachtet worden ist, entgegensetzen darf. Man würde sich sonst über das Instrument, das er im politischen Orchester spielt, eigene Gedanken machen. Eine der zahlreichen Erklärungen der Ablehnung verweist auf die Mitwirkung der Socialdemokraten Singer und seiner Parteigenossen bei Kauffmann's Wahl und versichert, der Beweggrund des Monarchen sei die Abneigung gewesen, sich von dem republikanischen und revolutionären Herrn Singer den zweiten Bürgermeister von Berlin präsentiren zu lassen. Eine Erwägung, die man verstehen kann, ohne Frage. Aber bei der Zusammensetzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die sich so rasch nicht wesentlich ändern wird, führt die Anrechnung der zugewendeten socialdemokratischen Stimmen als Bestätigungshinderniß unfehlbar zu einem Aemterbesetzungsmonopol der politisch der Richtung der freisinnigen Vereinigung entsprechenden Gruppe, und diese Gruppe vertritt das Großcapital, die haute finance.

Die Mittheilungen des Stuttgarter „Beobachters" über die landwirthschaftlichen Maximal- und Minimalzölle, denen wir im Wesentlichen Glauben geschenkt, werden auch von der gewöhnlich gut unterrichteten „Frkf. Ztg." für zutreffend gehalten. Sie haben die Wirthschaftsextremen von links in Zorn versetzt, die von rechts schweigen zumeist. Daß ein Doppeltarif für gewisse landwirthschaftliche Erzeugnisse in Aussicht steht, ist schon längere Zeit vermuthet worden, und es lassen sich auch thatsächlich vom industriellen, und gerade vom mitteldeutschen industriellen Standpuncte Gründe anführen für eine unterschiedliche Behandlung von Staaten, die mit uns Handelsverträge schließen, und Ländern, die nur noch Willkür handeln. Amerika läßt sich die Meistbegünstigung von Deutschland gefallen und verweigert sie Deutschland thatsächlich; es behandelt unseren Ausfuhrhandel schlecht bis zur Chicane. Auf der anderen Seite führt Amerika zur Zeit ungeheure Mengen seiner landwirthschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland ein. Da kann es denn doch zweckmäßig sein, wenn den Dankes in einem deutschen landwirthschaftlichen Doppeltarif ein Anreiz geboten wird, sich dem deutschen Einfuhrhandel weniger unfreundlich als bisher gegenüber zu stellen. Was die einzelnen Sätze anlangt, die das schwäbische Blatt mittheilt, so weichen sie nur in einem Puncte erheblich von dem ab, was der Bayer Lutz in Aussicht gestellt und für unannehmbar — für die Leistung des Bundes der Landwirthe und ihrer Agenten unannehmbar — erklärt hat. Für Gerste sollen 3 ℳ, nicht 4½ ℳ angesetzt werden. Der höhere Zoll wird von vielen deutschen Regierungen in der That gewünscht worden sein, aber Bayern widersetzte sich aus Rücksichten auf seine hochentwickelte Bierproduction einer stärkeren Belastung. Diese Thatsache mag die falsche Annahme, Bayern habe in der Minister-Zoll-Conferenz vom 4. Juni in führender Stelle auf die Zollschutzbemessung im Allgemeinen gedrückt, und hierauf die erwähnten scharfen Angriffe auf die Regierung im bayerischen Landwirthschaftsrath hervorgerufen haben.

Daß die alte nationalliberale, dieser Tage von uns von Neuem erhobene Forderung nach einem Reichszolltarifamt keine „unitarische" ist, können die Regierungen der allerdings erstaunlichen Thatsache entnehmen, daß sogar die „Köln. Volksztg." die Errichtung einer Reichscentralstelle für Zollentscheidungen verlangt. Die „Köln. Volksztg." ist clerikal und wacht eifersüchtig über die Erhaltung der Föderationsgrundlagen des Reiches. Aber das Blatt sieht einen großen Verkehr sich abspielen und hat deshalb Verständniß für commerzielle Nothwendigkeiten und für die Verstandeswidrigkeit des jetzigen deutschen Zollrechtszustandes. Dasselbe Verständniß kann man von den „Berl. Pol. Nachr." nicht verlangen, und deshalb würde sich kein Mensch aufregen, wenn man wüßte, daß die von uns wiedergegebene abmindernde Auslassung der „Berl. Pol. Nachr." der politischen Weisheit ihres Herausgebers entstammte. Aber leider kann es auch anders sein, wodurch freilich an dem Urtheil über das Verständniß des Verfassers nichts geändert zu werden braucht.

Der Krieg in Südafrika.

Zu den Nachrichten, die über die Behandlung von **Olive Schreiner**

durch die Caybehörden verbreitet sind, wird der „Voss. Ztg." aus Amsterdam geschrieben:

Die durch die englische Schriftstellerin bekannt gewordene Gefangennehmung von Olive Schreiner wird nicht verfehlen, überall berechtigte Entrüstung hervorzurufen, denn sie giebt einen neuen Beitrag zu der schmachvollen und menschenbrechenden Kriegführung der Engländer. Olive Schreiner ist eine der hervorragendsten weiblichen Gestalten in Südafrika, oder sagen wir lieber, die weitaus hervorragendste, nicht nur wegen ihrer schriftstellerischen Leistungen, sondern wegen der Rolle, die sie vor und während des jetzigen Krieges als feurige Afrikanerin gespielt hat. Zwar ist die Anzahl ihrer bis jetzt veröffentlichten Werke sehr bescheiden; wenn man „The story of an African Farm" (1883), „Dreams" (1891) „Dream life and real life" (1893) und „Trooper Pieter Halket of Mashonaland" (1897) genannt hat, ist die Liste vollständig erschöpft, aber alle sind Gemeingut des afrikanischen Volks geworden. Nicht etwa, weil sie dieses Volk in seiner vollen Naturwahrheit in seinem täglichen Leben und Streben wahrheitsgetreu gezeichnet hatte, denn in ihrem ersten und besten und deshalb auch weitverbreitetsten Werk führt sie Menschen vor, wie sie in dieser Umgebung in Südafrika nirgends gefunden werden, sondern wegen der durchaus idealen und überall die höhere Seite im Menschen zur Geltung bringenden Auffassung von Personen und Zuständen, eine Auffassung, die schon deshalb Erfolg haben mußte, weil sie dem auch in Südafrika sich breit machenden und das Leben vergiftenden Materialismus wirksam entgegentrat. Man begreift deshalb, daß Olive gerade von jungen Mädchen schwärmerisch verehrt wurde, was noch durch den anderen Umstand erklärlich wird, weil sie in vorderster Reihe für die Emancipation des weiblichen Geschlechts — allerdings für eine sich innerhalb der Grenzen des praktischen Lebens und der Möglichkeit haltende — gekämpft hat und noch kämpft. Aber noch merkwürdiger ist ihre politische Laufbahn. Ihr Vater war ein in die Capcolonie eingewanderter lutherischer Prediger, von mütterlicher Seite stammte sie von einem englischen Missionar ab, und man begreift deshalb auch, daß die Umgebung, in der sie heranwuchs, durch und durch englisch war. Die Anschauungen, die sie hier eingesogen hatte, mußten um so festere Wurzeln schlagen, da sie im Jahre 1870 nach England ging, wo die letzte Hand an ihre geistige Erziehung gelegt wurde. Für die holländische Bevölkerung in Südafrika hatte sie noch kein Verständniß, es verstand sich für sie wie ihre Umgebung von selbst, daß das Boerenelement sich allmählich in das englische auflösen müsse, wenn es für Südafrika überhaupt ein Culturfactor sein sollte. Der von Jon Hofmeyr im Jahre 1880 gegründete „Afrikanerbund" hatte zwar ursprünglich die Gleichberechtigung der holländischen und der englischen Rasse auf sein Programm, dessen Grundidee bekanntlich „Afrika für die Afrikaner" war, geschrieben, allein Rhodes gebrauchte ihn eine Zeit lang als Sturmbock gegen die Selbstständigkeit der beiden Boerenrepubliken, bis es endlich den betrogenen Afrikanern nach dem Jameson'schen Raubzuge wie Schuppen von den Augen fiel. Allein die Halben und Unentschiedenen, zu denen Hofmeyr und Olive's Bruder, der eine Zeit lang Premier der Capcolonie gewesen war, gehörten, waren die besten Bundesgenossen der Jingos, und man weiß ja, wie Hofmeyr im Namen des Bundes vor dem Ausbruch des Krieges noch die menschenmöglichsten Anstrengungen machte, um die Boeren zur Nachgiebigkeit gegen alle englischen Forderungen zu überreden. Olive war durch den Lauf der Ereignisse aus einer Engländerin eine Afrikanerin geworden, und zwar eine solche im besten Sinne des Wortes, die von ihr veröffentlichten „Words in Season" geben Aufschluß über diese Wandlung, die mit ihr vorgegangen war. Während ihr Gatte Cronwright in England für den Frieden, und, nachdem der Krieg angebrochen, für dessen Beendigung wirkte, wandte Olive sich an die afrikanischen Frauen; in einem Brief vom 11. October 1900 an den Frauencongreß in Sommerset-East, nachdem der Krieg bereits ein Jahr gedauert, sagte sie sich von England, das jetzt „todt für sie sei", feierlich los, und wie die Zukunft Südafrikas vor ihrem Geiste steht, beschreibt sie mit den folgenden Worten: „Alle Männer, die die Waffen tragen, können getödtet werden. Was wird man mit den Frauen thun? Wenn nur 5000 echte afrikanische Frauen übrig bleiben und alle anderen Afrikaner ausgemordet sein werden, dann werden diese Frauen ein Geschlecht heranziehen, das gleich sein wird dem ersten. Die Enkel und Urenkel der Männer, die unter den Steinen begraben liegen, werden, wenn sie an diesen vorbeigehen, sagen: „Hier liegen unsere Väter, die in dem großen Freiheitskrieg gefallen sind", und die Nachkommen dieser Männer werden die Aristokraten von Südafrika sein." Man begreift, daß eine Frau, die über einen so gewaltigen Einfluß in der Capcolonie verfügt, wo es im Augenblick für die Engländer nicht sehr geheuer aussieht, diesen schon längst ein Dorn im Auge gewesen sein muß, aber ihre Gefangennehmung beweist uns gerade, daß Olive's Auftreten bereits große Erfolge gehabt haben muß und daß die gegenwärtigen Machthaber sie unschädlich machten, um sich nicht den weiteren Folgen des durch sie angefachten Feuers auszusetzen. „Was hat sie eigentlich verbrochen?" fragt Ouida, „wahrscheinlich nur dies, daß sie während des Krieges mit ihren Sympathien auf Seiten der Boeren gestanden hat. Napoleon wird wegen der Verbannung der Frau de Stael von den Geschichtschreibern getadelt, was würde aber ihr Urtheil über ihn gewesen sein, wenn er mit der Tochter Necker's ebenso gehandelt hätte, wie die britische Regierung jetzt mit einer Frau handelt . . . Es leidet gar keinen Zweifel, die gegenwärtige Art und Weise der Kriegführung der Engländer, ihre Rohheit gegen Frauen, ihre Vergewaltigung der Wahrheit entehren das britische Volk in den Augen der Welt und bringen über den englischen Namen Schande, welche kein Beifall der Börse und kein Jubel internationaler Goldsucher auswischen kann." — Aus dem Kriege, der jetzt in Südafrika wüthet, wird zweifellos auch eine bemerkenswerthe Literatur in der Folge hervorgehen, und in dieser wird Olive Schreiner jedenfalls an erster Stelle stehen. Die „Voss. Ztg." bemerkt hierzu: Die Nachrichten über die Behandlung der Frau Olive Schreiner scheinen übertrieben zu sein. Der „Daily News" zufolge wurde ihr Haus in Johannisburg vor einem Jahre von Uitlanders geplündert und eine Anzahl ihrer Papiere vernichtet. Sie lebte dann in Hanover, welche Stadt unter dem Kriegsgesetze steht und von einem Stacheldraht umgeben ist. Ihr Gatte Cronwright-Schreiner wollte sie im Januar besuchen, die Militärbehörden verweigerten aber die Erlaubniß hierzu. Im Mai wurde Olive plötzlich sehr krank und ihr Gatte erhielt dann sofort die Erlaubniß, sie zu besuchen.

Deutsches Reich.

+ **Berlin,** 20. Juli. (Finten.) Je ärger die Schmähungen sind, die angesichts der bevorstehenden Wahl in Duisburg-Mülheim dem Centrum von polnischer Seite an den Kopf geworfen werden, um so tiefer katzbuckelt das Polenblatt am Rhein, die „Köln. Volksztg.", vor den polnischen Schützlingen. Wenn jetzt das genannte Centrumsblatt Anzeichen dafür erblickt, daß die „hakatistische" Strömung zum Stillstand gekommen sei, so macht es durch die Art, wie diese Wahrnehmungen begründet werden, den Eindruck, als ob es sich selbst zur Fortsetzung seiner Unterwürfigkeit unter die Polen Muth zusprechen müsse. Wer aus Artikeln der „Frankfurter Zeitung", des „Vorwärts" und der „Berliner Zeitung" — die natürlich einer polenfreundlichen Politik das Wort reden — den Anfang vom Ende „hakatistischer" Politik herleitet, der muß sich im Zustande vollkommener Kathlosigkeit befinden. So lange es eine polnische Frage giebt, haben die genannten drei Blätter stets Partei für die Polen genommen; es ist eine Zumuthung sondergleichen, glauben machen zu wollen, daß bei jenen Organen erst jetzt ein Umschwung betreffs der Polenpolitik eingetreten sei. Eine nicht geringere Zumuthung ist es, wenn die „Köln. Volksztg." die Hoffnung auf ein weiteres Fortschreiten des angeblichen Umschwunges mit der Sorge begründet, die das Verhalten Rußlands gegenüber den Polen uns Deutschen einflößen müsse: „Wenn . . . die Wolken an unserem östlichen Himmel sich noch weiter schwärzen sollten, wird selbst mancher heute noch durch politische Leidenschaften verblendete Hakatist einsehen, daß er im Rausche nationaler Trunkenheit einen Weg taumelt, der ins Verderben führt." — Zur Kritik dieser eigenthümlichen Auffassung können wir auf ein polnisches Urtheil verweisen. Unter der Ueberschrift „Lügen in unserem öffentlichen Leben" schreibt der „Dziennik Berlinski" in seiner Nr. 150: „Ist es keine Lüge, wenn die sogenannten Führer der polnischen Nation im preußischen Antheil zu unseren barbarischen Brüdern, den Russen, hinsetzen, obwohl sie wissen, daß wir von diesen nichts Gutes erwarten können, obwohl sie wissen, daß zu eben derselben Zeit diese lieben slawischen Brüder unsere Landsleute im russischen Antheil in demselben Maßstabe verfolgen, wie es die Preußen thun? Durch diese Lügen wollen diese großen Politiker die Preußen einschüchtern und sie zu einer milderen Behandlung von uns zwingen, ohne hierbei auf den Schaden zu achten, welchen hierdurch die Gesammtheit der polnischen Nation erleidet." — Der „Dziennik Berlinski" ist ein national-polnisches Blatt. Ob seine Kennzeichnung der in Rede stehenden Lüge von der „Köln. Volksztg." mit derselben Hartnäckigkeit überhört werden wird, wie so manche andere, dem Centrum peinliche polnische Kundgebung, muß abgewartet werden. Aber gleichviel, wie das rheinische Centrumsblatt mit dem „Dziennik Berlinski" sich abfindet: Die Pointe, die in dem Ausspielen Rußlands gegen die preußische Polenpolitik liegt, bleibt als solche erwiesen.

* **Berlin,** 20. Juli. Die socialdemokratische Reichstagsfraction veröffentlicht den üblichen Bericht über ihre parlamentarische Thätigkeit. Neues bietet der Bericht nicht, und einem denkenden Arbeiter sollte bei der Lectüre einigermaßen auffallen, daß er so gar keine positive Thätigkeit für die Arbeiterinteressen verzeichnen kann. Von gewissem Interesse ist nur die Wendung über das Verhalten der Fraction gegenüber dem Etat. Da heißt es:

Bei der Gesammtabstimmung über den Etat stimmte unsere Fraction so wie stets gegen denselben, nicht nur weil die Reichseinnahmen hauptsächlich durch indirecte Steuern gedeckt werden, die auf der ärmeren Bevölkerung am schwersten lasten, und nicht nur, weil die Socialdemokratie dem culturfeindlichen Militarismus jeden Mann und jeden Groschen verweigert, sondern auch, weil wir durch die Ablehnung des Budgets den grundsätzlichen Gegensatz zum Ausdruck bringen, in dem sich die Arbeiterclassen gegenüber dem capitalistischen Classenstaat und seiner Regierung befindet.

Die socialdemokratische Taktik gegenüber dem Etat ist schon recht schwankend geworden, bemerkt dazu die „Nat.-Ztg." mit Recht. Im Reich lehnt man noch den ganzen Etat ab, und ausdrücklich den „grundsätzlichen Gegensatz gegen den capitalistischen Classenstaat" zu markiren. In Württemberg ist nicht mehr der „grundsätzliche Gegensatz" der Ablehnungsgrund, sondern nur noch eine Reihe von Einzelforderungen: „Weil die auf eine zeitgemäße Verfassung und eine gerechte Steuerreform gerichteten Wünsche des Volkes ihre Erfüllung noch nicht gefunden hätten", ist dort der Etat abgelehnt. Und in einer ganzen Anzahl weiterer Einzelstaaten ist bekanntlich der Etat bereits von den Socialdemokraten angenommen worden, sogar unter Einschluß „militaristischer" Ausgaben. Entweder betrachten also die Socialdemokraten nur das deutsche Reich als „capitalistischen Classenstaat", oder sie wissen selbst nicht mehr, was sie jeweils mit ihren alten Grundsätzen anfangen sollen.

⊙ **Berlin,** 20. Juli. (Telegramm.) Die marokkanische Sondergesandtschaft hat heute Mittag Berlin verlassen.

— Die „Allgem. Ztg." erfährt aus Berlin: Die Nachricht, daß zum deutschen Kaisermanöver der Kaiser von Oesterreich und der König von Schweden kommen werden, ist ebenso unbeglaubigt, wie die Wiener Blättermeldung, daß unser Kaiser Anfang August zum Besuch nach Ischl gehe.

— Durch die Gründung einer Vereinigung polnischer Schlächter hat die Zahl der polnischen Berufsvereine in Berlin wieder eine Vermehrung erfahren. Außer den polnischen Kaufleuten und Gewerbetreibenden haben die polnischen Gärtner, Bäcker und Tischler eigene Fachorganisationen. Der Zusammenschluß weiterer polnischer Handwerkerkategorien steht bevor. (Nat.-Ztg.)

— Die Polizeibehörden in den verschiedenen Staaten sind bekanntlich sehr bemüht, die Anarchisten stets im Auge zu behalten. Jetzt soll nun zur Erleichterung des Ueberwachungsdienstes ein internationales Anarchisten-Album von polizeilicher Seite herausgegeben werden. Die Vorarbeiten haben die Polizeibehörden in Genf, Paris, Brüssel, London und Barcelona übernommen, welche gegenwärtig mit den Polizeiverwaltungen der übrigen Staaten wegen des Materials zu diesem Album, welches die Signalements und auch die Photographien aller als Anarchisten bekannter Personen enthalten soll, verhandeln.

* Aus **Memel** lauten die bisherigen Nachrichten über die Reichstagsersatzwahl derart, daß man sich nicht wundern dürfen wird, wenn der Wahlkreis schließlich in die Hände der Socialdemokraten übergeht. Bis heute Vormittag waren, wie telegraphisch gemeldet, gezählt: für Schack (freis.) 2884 Stimmen, für Braun (Soc.) 4660 Stimmen, für Matschull (Litauer) 6302 Stimmen. Bei gleicher Wahlbetheiligung wie im Jahre 1898 wären nur noch rund 1400 weitere Stimmen zu erwarten. Selbst wenn diese restlos auf den von den Agrarconservativen unterstützten Litauer entfielen, würde die Zahl der Conservativen und litauischen Stimmen weit hinter dem Ergebniß zurückbleiben, das die Candidaten dieser Parteien bei der Hauptwahl von 1898 erreichten. Die Socialdemokraten haben schon jetzt einen Stimmenzuwachs um mehr als 50 Procent zu verzeichnen. Bei der 1898er Wahl erhielten im ersten Wahlgang der Conservative 5557, der Litauer 3504, der Freisinnige 3226 und der socialdemokratische Candidat 3015 Stimmen. In der Stichwahl zwischen dem Conservativen und dem Litauer siegte der letztere mit 7890 gegen 6456 conservative Stimmen. Die Freisinnigen dürften danach annähernd auf ihrem alten Bestand bleiben, und als vorläufiges Ergebniß ist eine Stichwahl zwischen dem Litauer und dem Socialdemokraten so gut wie sicher. Es kann aber nicht bezweifelt werden, daß in diesem Falle angesichts der zur Entscheidung stehenden handelspolitischen Kämpfe die freisinnige Volkspartei sich gegen den agrarisch unterstützten litauischen Candidaten wenden wird, so daß ein Sieg des Socialdemokraten zum Mindesten nicht unwahrscheinlich wird.

* **Oldenburg,** 19. Juli. Die oldenburgische Staatseisenbahnverwaltung war die einzige, die die Verlängerung der Giltigkeitsdauer der Rückfahrkarten nicht eingeführt hat. Wie jetzt mitgetheilt wird, liegt in dieser Unterlassung nicht eine eigensinnige Ablehnung einer dankenswerthen Reform, sondern lediglich die Ursache, daß Oldenburg seinen Reisenden schon längst die Annehmlichkeit der Verbilligung ganz allgemein gewährt hat, die durch die Rückfahrkarten den Reisenden auf solche zu Theil wird. Die Tarife sind nämlich ganz allgemein nach dem Satz bemessen, der für Rückfahrkarten jetzt Platz greift.

⊙ **Oldenburg,** 20. Juli. (Telegramm.) Die Großherzogin wurde heute früh von einer Prinzessin entbunden.

A. **Duisburg,** 19. Juli. Für die hiesige Reichstagswahl haben nun glücklich auch die polnischen Socialisten einen eigenen Candidaten aufgestellt. Es ist dies ein Herr Hengstbach aus Köln.

th. **Jena,** 19. Juli. Der Großherzog wollte nach den ursprünglichen Dispositionen unsere Stadt morgen Vormittag verlassen, der Aufenthalt in Jena soll nach neueren Bestimmungen aber bis Sonntag Abend verlängert werden. Heute besichtigte der Großherzog in Begleitung des Universitäts-Curators Geh. Staatsraths Eggeling mehrere Museen und wissenschaftliche Sammlungen, Abends wohnte er der Festvorstellung im Städtischen Theater bei.

th. **Sondershausen,** 19. Juli. Der Landtag trat in der heutigen Sitzung in die Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Errichtung einer Landwirthschaftskammer für das Fürstenthum ein. Der Entwurf ist in seinen Bestimmungen verschiedentlich den betr. Gesetzen von Preußen, Anhalt und Oldenburg nachgebildet, schlägt jedoch in einigen wichtigen Paragraphen wie Wahlverfahren u. a. eigene Wege ein, entsprechend den besonderen Verhältnissen des Landes. In § 8 bringt der Entwurf eine Scheidung der Wahlberechtigten nach dem Besitz; er schlägt vor, drei Wahlkörper zu bilden, einen aus den Großgrundbesitzern, einen aus dem mittleren Besitz und einen aus dem kleineren Besitz von 5—20 ha. Diese Theilung soll allen Landwirthen die Theilnahme an der Wahl ermöglichen. Eine Neuwahl soll nur aller 6 Jahre erfolgen. Die Zahl der Mitglieder der Landwirthschaftskammer ist auf 15 festgesetzt. — Die Berathung wurde heute noch nicht zu Ende geführt.

* **Bayreuth,** 19. Juli. Sämmtliche Bäckergehilfen hier haben den Meistern ein Ultimatum zugestellt, dahingehend, Lohnforderungen zu bewilligen und zwei gemaßregelte Gehilfen wieder in Arbeit zu nehmen, widrigenfalls sofort in den Ausstand getreten werden würde.

SLUB
Wir führen Wissen.